

E.ON geht die Arbeit aus

Auf der Dattelner Kraftwerks-Baustelle gibt es nicht mehr viel zu tun

RN 27.01.11.

DATTELN. E.ON droht beim umstrittenen Kraftwerksbau in Datteln die Arbeit auszulegen. Der weit reichende Bau-stopp zeigt Wirkung.

Seit einem Jahr darf der Energiekonzern nur noch am Kühlturm, im Kessel- und Maschinenhaus sowie an der Rauchgasreinigungsanlage bauen lassen. Zurzeit arbeiten noch 900 bis 1200 Mann auf der größten Baustelle des Ruhrgebiets.

Planungsfehler

Die übrigen bereits erteilten Teilbaugenehmigungen wurden E.ON entzogen, nachdem das Oberverwaltungsgericht den Bebauungsplan wegen diverser Planungsfehler am 3.

September 2009 für ungültig erklärt hatte. Dort, wo E.ON arbeiten darf, werde man in wenigen Monaten fertig, sagt E.ON-Projektleiter Dr. Andreas Willeke. Der 180 Meter hohe Kühlturm ist es schon. Bei der Investition für „Datteln IV“ habe E.ON mittlerweile „die Milliardengrenze erreicht“, so Willeke.

Während E.ON alles daran setzt, die nötigen Teilbaugenehmigungen wieder zu bekommen, um eine Inbetriebnahme 2012 zu erreichen, fordern Gegner des Projekts wie der Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) den kompletten Baustopp und Abriss des „Schwarzbaus“, wie ihn der BUND nennt.

Wie E.ON den Bau bis 2012

fertig stellen will, ist aktuell nur schwer vorstellbar. Man steht ohne gültigen Bebauungsplan da, darf nur die Teilgenehmigungen 2 und 3 nutzen. Die sind, wie die Bezirksregierung festgestellt hat, zwar auch „rechtswidrig“, aber „bestandskräftig“ – weil nicht rechtswirksam beklagt. Die Teilgenehmigungen 4 und 5 wurden E.ON entzogen, Teilgenehmigung 6 gar nicht erst erteilt. Nummer 7 wäre die Betriebsgenehmigung.

Ende ist offen

Dass das Kraftwerk genehmigungsfähig ist, daran hat Projektleiter Willeke keinen Zweifel. Neun Monate bräuchte man noch, um das

Kraftwerk fertig zu stellen – alle Baugenehmigungen vorausgesetzt. E.ON setzt auf einen neuen, diesmal gerichtsfesten Bebauungsplan der Stadt Datteln sowie ein „Zielabweichungsverfahren“ durch die zuständigen Ministerien und den Landtagsausschuss in Düsseldorf. Der Dresdner Professor Martin Schulte kommt in einem im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) erstellten Rechtsgutachten zu dem Schluss, das Kraftwerk könne auf diesem Wege nicht nachträglich legalisiert werden. Eon sieht das anders.

Das Ende ist offen, „wir sind zu 100 Prozent von der Politik abhängig“, so Willeke.

Björn Korte